

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. April 1985
am Donnerstag, dem 18. April 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker (Nienberge) (SPD)	29, 30	Kolbow (SPD)	32, 33
Brück (SPD)	6, 7	Lowack (CDU/CSU)	17, 65
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	70, 71	Menzel (SPD)	14
Catenhusen (SPD)	3, 31	Michels (CDU/CSU)	15, 16
Frau Dann (DIE GRÜNEN)	1	Dr. Müller (CDU/CSU)	63, 64
Dolata (CDU/CSU)	4, 5	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	18, 19
Duve (SPD)	8, 9	Müller (Düsseldorf) (SPD)	36
Eigen (CDU/CSU)	72, 73	Pauli (SPD)	27, 28
Eylmann (CDU/CSU)	24, 25	Reimann (SPD)	39, 40
Fiebig (SPD)	34, 35	Schanz (SPD)	10, 11
Grünbeck (FDP)	23, 69	Schläga (SPD)	45, 46
Haase (Fürth) (SPD)	51, 52	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	61
Hansen (Hamburg) (SPD)	37, 38	Sielaß (SPD)	57, 58
Hedrich (CDU/CSU)	12, 48	Dr. Sperling (SPD)	66, 67
Hettling (SPD)	43, 44	Stiegler (SPD)	22, 68
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	49, 50	Urbaniak (SPD)	20, 21
Kalisch (CDU/CSU)	55, 56	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	2, 47
Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	13	Frau Weyel (SPD)	53, 54
Kirschner (SPD)	26, 62	Dr. de With (SPD)	59, 60
Dr. Klejdzinski (SPD)	41, 42		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordnete
**Frau
Dann**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von DDR-Zeitungen mit Bezug auf Quellen in der Bundesrepublik Deutschland gegebene Information, wonach der Bundesnachrichtendienst den Telefonverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf Computerbasis lückenlos kontrolliere und rund 1,6 Millionen Briefe pro Jahr auswerte, mindestens 5 000 pro Tag?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

2. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, den vorgesehenen Umbau des Gästehauses „Petersberg“ ohne den vorgesehenen Rundbau (Empfangsgebäude) durchzuführen, und welche Kosteneinsparung wäre damit verbunden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

3. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wurden oder werden gentechnologische Arbeiten zur Erforschung der „Erogene“ genannten Erbabchnitte des menschlichen Genoms und zur Gewinnung des von ihnen produzierten Eiweißstoffs, des Pheromons, mit öffentlichen Mitteln, z. B. des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, gefördert?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verbleiben einer Vielzahl in der Bundesrepublik Deutschland aus- oder weitergebildeter Ärzte aus Afrika und anderen Ländern, die im Rahmen der Entwicklungshilfe hier ihr Studium absolvierten, jedoch an eine Rückkehr in ihr Heimatland nicht mehr denken, womit der Steuerzahler damit nicht nur Konkurrenz für die Mediziner deutscher Herkunft finanziert, sondern – was schlimmer ist – auch den Export der Intelligenz der entsprechenden Entwicklungsländer?

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) | Wäre Abhilfe dann möglich, wenn zukünftig deutsche Wissenschaftlerteams in den in Frage stehenden Ländern der Dritten Welt selbst Studienhilfen durchführten, zu deren Wohle und unserer Entlastung? |
| 6. Abgeordneter
Brück
(SPD) | Sind für die im Zusammenhang mit den Sonderhilfen für Afrika durchgeführten Maßnahmen, wie sie in der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 118 in der Drucksache 10/2988 erwähnt worden sind, hinaus weitere Sonderaktionen zur Ausschöpfung der im Einzelplan 23 für das Jahr 1984 eingestellten Barmittel durchgeführt worden, die im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Stichwort „Barmittelaktion“ liefen? |
| 7. Abgeordneter
Brück
(SPD) | Wenn ja, in welcher Höhe? |
| 8. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Zunahme der staatlich sanktionierten Morde in Guatemala im Lichte ihrer Absicht, diesem Land verstärkte Entwicklungshilfe zukommen zu lassen? |
| 9. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Erwägt die Bundesregierung die Absage des Besuchs von Bundesminister Dr. Warnke, oder welche anderen Maßnahmen sind geplant, die geeignet sind dazu beizutragen, daß den grausamen Menschenrechtsverletzungen in Guatemala Einhalt geboten wird? |
| 10. Abgeordneter
Schanz
(SPD) | Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, daß die Förderung der Eigenversorgung unterentwickelter Länder mit Medikamenten zu den vom Deutschen Bundestag einstimmig beschlossenen Grundlinien gehört und daß daher z. B. der Aufbau einer Medikamentenproduktion in Bangladesh einen höheren Stellenwert hat als die Versorgung der Hauptstadt Dakka mit einem digitalen Telefonsystem? |
| 11. Abgeordneter
Schanz
(SPD) | Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sie den Partnern von Nicht-Regierungsorganisationen vorschreiben darf, welche Finanzierungsinstitutionen sie benutzen sollen, und ist ihr bekannt, daß die Firma GPL (Gonosastaya) bei der Philpa-Bank Bangladesh einen Kredit in Höhe von 1,5 Millionen DM aufgenommen hat, um mit eigener Kraft zur Produktionsausweitung beizutragen und zudem einen weiteren Kredit in Höhe von 6,5 Millionen DM beantragt hat? |
| 12. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU) | Auf welchem Stand sind die Vorbereitungen der Bundesregierung für das Ende April geplante erste Expertengespräch in Paris zur Ausgestaltung eines deutsch-französischen Freiwilligendienstes? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 13. Abgeordneter
Dr.-Ing. Kansy
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren und die daraus resultierende Entwicklung der tatsächlichen Baukapazität vor? |
| 14. Abgeordneter
Menzel
(SPD) | Hält es die Bundesregierung mit Sinn und Inhalt der für die Handwerkskammern geltenden Wahlrechtsvorschriften vereinbar, wenn die Arbeitgeberseite die von der Arbeitnehmerseite für Vorstandsfunktionen vorgeschlagenen Kandidaten blockiert und mit ihrer Mehrheit ihr genehme Kandidaten vorschlägt und durchsetzt, und gedenkt die Bundesregierung – für den Fall, daß die Wahlvorschriften eine solche Praxis zulassen – sie so zu ändern, daß der Arbeitnehmerseite zustehende Funktionen nicht gegen den Willen der Mehrheit der Arbeitnehmerseite besetzt und abberufen werden kann? |
| 15. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen die Dumpinglieferungen bei Möbeln aus der DDR, Rumänien und anderen Ostblockstaaten angesichts eines Anstieges der DDR-Bezüge im Jahr 1984 um 13,8 v. H. und der Rumänien-Importe um 30,2 v. H. zu unternehmen, und ist die Bundesregierung auch bereit, notfalls eine Kontingentierung vorzunehmen? |
| 16. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Möbelindustrie, daß es sich bei den Möbelimporten aus Ostblockländern weitgehend um Dumpingpreise handelt, die aus devisenpolitischen Gründen unter den Entstehungskosten zum Teil unter den Materialpreisen der Bundesrepublik Deutschland liegen? |
| 17. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß in Zukunft Betriebe des Zonenrandgebietes auch bei Modernisierungsinvestitionen gefördert werden, die der Erhaltung qualifizierter Arbeitsplätze dienen? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN) | Ist die Bundesregierung angesichts des Jahresabschlusses 83/84 der Klöckner AG weiterhin bereit, eine Stahlfusion zwischen Klöckner und Krupp zu subventionieren, und wenn ja, in welcher Höhe? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN) | Bestehen bei der Bundesregierung Pläne, einen möglichen Konkurs der Klöckner Werke AG abzuwenden, oder im Konkursfall die betroffenen strukturschwachen Regionen Bremen und Osnabrück finanziell zu unterstützen? |

- | | |
|--|--|
| 20. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) | Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung, daß die Beschlüsse zur europäischen Stahlpolitik, die der Ministerrat der EG in Brüssel gefaßt hat und die vom Bundesminister für Wirtschaft begrüßt wurden, keine Nachteile für die deutsche Stahlindustrie mit sich bringen? |
| 21. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung im Zusammenhang mit diesen Beschlüssen, der deutschen Stahlindustrie weitere Hilfen zukommen zu lassen? |
| 22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Welche Baukapazität ist nach Auffassung der Bundesregierung in den nächsten zehn Jahren zur reibungslosen Erfüllung der Normalbaufgaben und der nach den Bauschadenberichten des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und des Bundesministers für Verkehr erforderlichen Bauleistungen notwendig, und was wird die Bundesregierung tun, um zu verhindern, daß die Baukapazität unter dieses notwendige Volumen sinkt? |
| 23. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP) | Sieht die Bundesregierung konkrete Möglichkeiten, um das weitere Vordringen österreichischer Firmen im Bau- und Ausbaugewerbe im südbayerischen Raum einzugrenzen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|---|
| 24. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) | Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über den Umfang der Schwarzarbeit im Bauhaupt- und Baunebengewerbe vor, und welche Auswirkung hat die Schwarzarbeit auf die Arbeitslosigkeit in diesem Wirtschaftszweig? |
| 25. Abgeordneter
Eylmann
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung durchgreifende Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit für notwendig, und hält sie insbesondere in diesem Zusammenhang die Einführung eines Sozialversicherungsnachweises für sinnvoll? |
| 26. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Wieviele Anträge auf Bezuschussung des Vorruhestandsgelds wurden seit Inkrafttreten des Gesetzes bei den Arbeitsämtern insgesamt gestellt, und wieviele Arbeitsplätze wurden damit zur Wiederbesetzung durch jüngere Beschäftigte frei? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

27. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Wie kommt es dazu, daß Staatssekretärs Dr. Rühl mir auf meine schriftliche Anfrage vom 28. März 1985 antwortet, es sei im Ernst-Rodenwaldt-Institut „im Rahmen der in Koblenz durchgeführten klinischen Prüfung des Schnupfensprays . . . bei keinem der 246 Freiwilligen zu irgendwelchen durch das Medikament bedingten gesundheitlichen Störungen oder gar Zwischenfällen gekommen“, obwohl im Gegensatz hierzu der zuständige Institutsleiter solche Schwierigkeiten gegenüber der Wochenzeitung „Koblenzer Schängel“ einräumte und solche Schwierigkeiten durch in der Presse dargestellte Einzelfälle belegt sind, und ist hieraus zu schließen, daß sich die Bundesregierung von den ihr unterstellten Behörden nicht korrekt und umfassend informieren läßt?
28. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung mit den Presseberichterstattungen über die Vorgänge im Ernst-Rodenwaldt-Institut bezüglich der umstrittenen „Nasenspraystudie“ in der Wochenzeitung „Koblenzer Schängel“ überein, und wenn nicht, in welchen Einzelaspekten des Gesamtsachverhalts hat die Bundesregierung eine andere Auffassung?
29. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung dem Anliegen der Gemeinden im deutsch-niederländischen Grenzraum entsprechen und Bemühungen um eine Verminderung des Fluglärms aufnehmen?
30. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Welchen Einfluß kann die Bundesregierung auf die Festlegung der Einflugschneisen und der Flughöhen im Bereich des Flughafens Rheine-Hopsten für deutsche und NATO-Flugzeuge nehmen?
31. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach die amerikanische Armee mit Hilfe von Bundeswehr-Spezialisten in einem neuen Hochsicherheitslabor in der Wüste von Utah mit Erogen experimentiert, und zu welcher Einheit gehören diese Bundeswehr-Spezialisten („Zeit“ vom 4. April 1985)?
32. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Welche nuklearen Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite (inclusive nuklearfähiger Flugzeuge) und nuklearen Kurzstreckensysteme werden von der Bundesregierung für eine Sprengkopfmmodernisierung in Betracht gezogen, die der NATO-Oberbefehlshaber in Europa gemäß dem Beschluß der NPG-Ministerkonferenz vom 26./27. März 1985 als Empfehlung zu erarbeiten hat?

33. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Bundesminister der Verteidigung mit dem US-Verteidigungsminister eine Vereinbarung über die Einführung des amerikanischen IFF-Systems MARK-15 in der bundesdeutschen Luftwaffe getroffen hat, und welche Gründe waren gegebenenfalls dafür maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

34. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung eine Berufungskommission zur Wahl des neuen Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes einzusetzen?
35. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Wann ist mit der Berufung des neuen Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes zu rechnen?
36. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung – wie die Interessengemeinschaft der Videothekare Deutschlands e. V. (Landesverband Nordrhein-Westfalen) meint – mit ihrem jüngsten Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendschutzgesetzes auch „unsinnige Bestimmungen“ vorgeschlagen, die jedoch in den inzwischen abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren verhindert werden konnten, und um welche Bestimmungen handelt es sich gegebenenfalls?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

37. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- In wechen Dienstbereichen der Bundesbahn-Direktion Hamburg sind bis 1990 Personalreduzierungen vorgesehen?
38. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)
- In welchem Umfang sieht die Bundesregierung im Bereich der Bundesbahn-Direktion Hamburg Personaleinsparungen vor?
39. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Sicherheit des Transportes chemischer Güter im Inland vor, beispielsweise über Zahl und Häufigkeit staatlicher Kontrollen bzw. über die Unfälle in der Vergangenheit bis heute von ihren Ursachen und Auswirkungen her?

- | | |
|---|---|
| 40. Abgeordneter
Reimann
(SPD) | Kann die Bundesregierung angeben, welche Ursachen bzw. Mängel am häufigsten waren bei Unfällen mit dem Transport chemischer Güter in den Chemiestädten Ludwigshafen, Frankfurt/Main und Leverkusen? |
| 41. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Häufung von Lastkraftwagen-Unfällen, insbesondere bei Nebel und Glatteis, auf den Bundesautobahnen zu ziehen, um damit die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen? |
| 42. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, Lastkraftwagen mit dem sogenannten Antiblokiersystem auszurüsten, da damit das Querstellen der Anhänger bei plötzlichem und scharfem Bremsen wirkungsvoll vermieden werden kann und der Bremsweg – laut Information des ADAC – erheblich verkürzt wird, und hält die Bundesregierung es auf Grund dieser Tatsache nicht für zwingend erforderlich, diese Antiblokiersystem-Ausrüstung für Zugmaschinen mit Anhängern vorzuschreiben? |
| 43. Abgeordneter
Hettling
(SPD) | Warum mißachtet die Bundesregierung den einmütigen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1982 zum Problem „Führen fremder Flaggen“ (Billigflaggen), indem sie ihre Verhandlungsdelegation bei der UN-Konferenz über die Registrierung von Seeschiffen anweist, im Rahmen der OECD-Länder zu verhandeln, die die wirtschaftliche Verbindung zwischen Schiff und Flaggenstaat verhindern wollen und damit dem „Trend“ zur Billigflagge, wie es der Auftrag des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung ist, (300 Schiffe = ca. 40 v. H. der deutschen Handelsflotte) nicht begegnet? |
| 44. Abgeordneter
Hettling
(SPD) | Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung erreichen, daß die ca. 300 Schiffe deutscher Reeder, die unter fremder Flagge (Billigflaggen) fahren, wieder die deutsche Flagge führen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 45. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Auf welchem Wege und gegebenenfalls von wem ist der Bundesregierung mitgeteilt worden, daß die neun entsandten deutschen Lehrer an der Ahmani-Oberschule in Kabul nicht mehr tätig sein dürfen? |
| 46. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Mit welcher Begründung ist der Bundesregierung dies mitgeteilt worden, und was hat sie gegen dieses Tätigkeitsverbot, das offensichtlich einer Ausweisung und der Schließung der Schule gleichkommt, getan? |

47. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß bei gastlichen Veranstaltungen, Empfängen und ähnlichen Anlässen des Bundeskanzlers, der Mitglieder der Bundesregierung sowie der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland nicht nur Weißwein einheimischer Produktion, sondern entgegen der seitherigen Gepflogenheit auch Rotwein, z. B. der hervorragenden Sorten Trollinger, Burgunder und Lemberger angeboten wird?
48. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Lage und die Entwicklung im Sudan nach der Machtübernahme durch General Suwar el-Dahab?
49. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Steht die Ablehnung der Registrierung und damit Zulassung eines „Verbandes der Deutschen“ als eines privatrechtlichen Vereins durch die polnischen Behörden (siehe u. a. die Meldung in der „Welt“ vom 11. April 1985) nach Auffassung der Bundesregierung im Einklang mit dem auch in Polen in Kraft befindlichen Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte (Artikel 22 und 27) sowie mit den Vereinbarungen in der KSZE-Schlußakte von Helsinki und dem abschließenden Dokument des KSZE-Folgetreffens von Madrid, und was wird die Bundesregierung bilateral sowie im Rahmen des KSZE-Prozesses unternehmen, um den Menschenrechten der betroffenen Deutschen gegenüber den polnischen Behörden zur Durchsetzung zu verhelfen?
50. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie viele Asylbewerber erwartet die Bundesregierung im Jahr 1985 neu in der Bundesrepublik Deutschland (darunter wie viele für Baden-Württemberg?), und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit die zu erwartende neue Asylanten-Flut von den Ländern und Gemeinden bewältigt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

51. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung klarzustellen, daß es keine Entschädigungszahlungen an Landwirte durch Wasserversorgungsunternehmen geben kann, wenn Landwirten bei Gefahr der Beeinträchtigung des Grundwassers die Verwendung von schädlichen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln untersagt wird?
52. Abgeordneter
Haase
(Fürth)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem verstärkten Druck der Landwirtschaft dahin gehend Rechnung zu tragen, das 5. Gesetz zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes so zu ändern, daß damit bei Verboten für die Verwendung von Dün-

- ge- und Pflanzenschutzmitteln, die zur Grundwassergefährdung führen können, ein Entschädigungsanspruch zu Lasten der Wasserversorgungsunternehmen und damit des Wasserpreises festgestellt wird?
53. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Welche Personen oder Institutionen können dem Sachverständigenrat für Umweltfragen Arbeitsaufträge erteilen?
54. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD) Hat die Bundesregierung dem Sachverständigenrat ihrerseits schon Arbeitsaufträge erteilt, und welche waren das?
55. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über linksextremistische Bestrebungen im Zusammenhang mit der Solidaritätskampagne für die sandinistische Regierung in Nicaragua?
56. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU) Worin bestehen die personellen und materiellen Hilfeleistungen deutscher Linksextremisten für das Regime in Nicaragua?
57. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, entgegen der ursprünglichen Vorstellung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit (siehe Drucksache 10/2178 S. 5) nun doch keinen Lehrstuhl für ostdeutsche Landesforschung an der Universität Mainz zu schaffen?
58. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist die Aufgabe der geplanten Professur für ostdeutsche Landesforschung an der Universität Mainz mit der Bundesregierung abgestimmt worden, und hält die Bundesregierung es ebenfalls für sinnvoller, die vorhandenen Forschungsaktivitäten in diesem Bereich zu koordinieren und durch ein Förderungsprogramm zu unterstützen und zu verstärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

59. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) Teilt die Bundesregierung die in Pressemeldungen erwähnte Auffassung des Generalbundesanwaltes Rebmann, daß die vorzeitige Veröffentlichung der Verhaftung Kaczmareks durch die Tageszeitung „Die Welt“ die erhoffte Ergreifung eines weiteren Agenten zunichte gemacht habe, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um zukünftig frühzeitige Veröffentlichungen vermeiden zu können, die Strafverfolgungsmaßnahmen hindern?

- | | |
|--|--|
| 60. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen? |
| 61. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die schnell wachsende Zahl von Rechtsanwaltsniederlassungen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Rechtspflege? |
| 62. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Ist bei einer Ehescheidung zwischen einer/einem deutschen Staatsbürgerin/Staatsbürger und einer/einem ausländischen Bürgerin/Bürger der Versorgungsausgleich für den deutschen Ehepartner gesichert, wenn diese/dieser Ausländerin/Ausländer sich im Zuge von gesetzlichen Regelungen (Rückkehrförderung) den Rentenanteil von der Rentenversicherung ausbezahlen ließ, und wenn nein, denkt die Bundesregierung daran, eine Regelung vorzuschlagen? |
| 63. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung das Vertrauen in die Rechtsprechung durch die steigende Verwendung von nicht entzifferbaren Bußgeldbescheiden gefährdet? |
| 64. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) | Was kann die Bundesregierung gegebenenfalls im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs dagegen unternehmen? |
| 65. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung zu einer Gesetzesinitiative bereit, mit der § 142 Strafgesetzbuch (unerlaubtes Entfernen vom Unfallort) dahin gehend geändert wird, daß ein Unfallbeteiligter nicht bestraft wird, wenn er, eventuell eingegrenzt auf Sachschäden, den Unfall innerhalb von 24 Stunden meldet? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 66. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Ist die Rechnung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele (Handelsblatt vom 22. Februar 1985) zutreffend, daß für Kauf- oder Bauwillige eines Einfamilienhauses bis zu einem Preis von 275 000 DM (ohne Kosten für das Grundstück) das geltende Recht günstiger ist als das von der Bundesregierung neu beschlossene? |
| 67. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, bei denen der unerfüllte Wunsch nach dem Erwerb von Wohneigentum besonders groß ist, nach der Konzeption der Bundesregierung faktisch schlechter gestellt werden als nach dem geltenden Recht? |

68. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird der Bundesminister der Finanzen dem Antrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung folgend unverzüglich weitere Haushaltsmittel aus Haushaltsresten von 1984 und weitere Verpflichtungsermächtigungen für bauwirksame Verstärkungsmittel des Bundes für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen freigeben, und über welche Beträge kann die Arbeitsverwaltung nach dieser Entscheidung in den nächsten Wochen verfügen?
69. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auf eine Verbesserung der wettbewerbsverzerrenden Freimengenregelung im deutsch-österreichischen Grenzverkehr hinzuwirken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

70. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob und wie das Referenzpreissystem für Karpfen beim Import aus Drittländern, insbesondere aus Ungarn und der CSSR, unterlaufen wird?
71. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Vorkehrungen sind unternommen worden, um die in Belgien grassierende Afrikanische Schweinepest von den Mast- und Zuchtbeständen in der Bundesrepublik Deutschland abzuhalten?
72. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen haben die Bundesregierung und die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet, um den Rindfleischmarkt zu stützen, und welche Auswirkungen werden gegebenenfalls davon erwartet?
73. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Schweinepreise in den nächsten Wochen ein, und ist sie eventuell gewillt, in Brüssel eine Erhöhung der Exporterstattung für Schweinefleisch zu beantragen?

Bonn, den 12. April 1985

